

KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

Die Linke

Nr. 299 – 34. Jahrgang
JULI 2026

Spendenbeitrag 50 Cent

ES REICHT!

„Es reicht!“, unter diesem Motto fand vom 18. bis zum 20. Juni der Bundesparteitag in Potsdam statt. Ein neuer Parteivorstand wurde gewählt, ein Leit-antrag beschlossen und über viele Anträge abgestimmt.

Eigentlich läuft es super für Die Linke. Zwei Jahre nach dem Beinahe-Tod liegt sie stabil bei ca. 11 %, knapp hinter SPD und Grünen. Die Mitgliederzahl hat sich mehr als verdoppelt. Aber in der Partei gärt es beim Thema Israel, und erbittert wurde seit Monaten über einen Diätendeckel für linke Abgeordnete diskutiert.

Vor zwei Jahren hatten Ines Schwerdtner und Jan van Aken als Parteivorsitzende eine verdammt schwere Aufgabe übernommen und sie gut gelöst. Aber es gibt keinen Grund, sich zufrieden zurückzulehnen, und Ines warnte in ihrer Rede: „Ein Sturm zieht auf.“ Damit meinte sie die

Bedrohung durch den Faschismus, die immer offener zutage trete. Die Linke sei für diesen Sturm noch nicht gewappnet. Stärker als die Angst vor Erfolgen der AfD bei den nächsten Landtagswahlen sei aber die Hoffnung, die wir organisieren müssen.

Die Linke soll sich – auch mit dem Leit-

mit der Kollegin, die um ihren Arbeitsplatz bangt, mit dem Sohn, der seinen Musterrungsbrief erhält, mit der Nachbarin, die den Schimmel an der Wand nicht mehr ertragen kann ... Kein Anliegen sei uns zu klein. Dass kein Geld für die Menschen da sei, ist eine Lüge der Regierung, das zeige

die Aufrüstung. Gegen den Klassenkampf von oben setze die Linke den von unten, an der Seite der Menschen, die ein Steinhaus bauen, das dem Sturm trotzt.

Ines sprach die Haltung der Linken zu Israel an. Abweichend von der Beschlusslage habe sie sich entschieden, den Krieg gegen Gaza einen Genozid zu nennen. Dazu gebe es unterschiedliche Meinungen in der Partei – das sollten wir aushalten, forderte Ines. Sie sagte auch: „Wir schützen jüdisches Leben hier und überall.“

Fortsetzung auf Seite 3



antrag – weiter zu einer organisierenden Klassenpartei entwickeln, die Bündnisse aufbauen kann. Die Linke organisiert sich

WAHLKAMPFAUFTAKT

Am 4. Juli fand der Wahlkampfauftakt der Rostocker Linken im Zwischenbau (Süd-stadt) statt. Alle Genoss*innen waren eingeladen worden, bei kostenlosen Getränken und Bratwürsten mit unseren vier Direktkandidat*innen Toralf Herzer, Christian Albrecht, Nurgül Senli und Hannes Möller ins Gespräch zu kommen. In Videos stellten die vier ihre politischen Schwerpunkte dar. Leider war die gut organisierte Veranstaltung nur schwach besucht, was hoffentlich kein schlechtes Omen für den anstehenden Wahlkampf ist.



In dieser
Ausgabe

Seite 2: Informationsfreiheit
Seiten 3: Bundesparteitag
Seiten 4/5: Bürgerschaft

Seite 6: Kinderfest in Schwaan
Seite 7: Landespolitik
Seite 8: Sozialkahltschlag

Liebe Leserinnen und Leser,
es ist immer eine undankbare Aufgabe, einen Bundesparteitag zusammenzufassen. Fast 30 Stunden sind auszuwerten, und man sagt sich (wider besseres Wissen), das war jetzt wirklich das letzte Mal. Aber vorläufig und bis Künstliche Intelligenz sowieso alles besser macht, findet Ihr wie gewohnt einen Bericht. Das Echo auf den Parteitag war teilweise böse, man nimmt uns also wieder ernst. Andererseits blicken auch viele Genoss*innen kritisch auf den Parteitag zurück. Ihr habt Euch sicherlich ein eigenes Urteil gebildet. Ein Blick auf die Umfragen nach dem Parteitag zeigt, dass wir stabil bleiben. In Berlin liegen wir sogar an der Spitze. Viele Menschen im Land werden bemerkt haben, dass Die Linke zum Widerstand gegen Sozialabbau aufruft, während zur gleichen

Zeit die SPD-Ministerin schlimme Kürzungen beim Wohngeld eisern verteidigt, weil ja alle Ministerien sparen müssten. Linke-Wähler wissen es längst besser.

Ein großes Dankeschön hat Jan van Aken verdient. Mit Rücksicht auf seine Gesundheit verzichtete er auf die geplante Kandidatur für zwei weitere Jahre. Damit machte er auch deutlich, wie kräfteaufwendend politische Arbeit sein kann, wenn man sie ernst nimmt. Man möchte mit der Parteiführung wirklich nicht tauschen. Auf dem Parteitag wurde der Kandidat für den Vorsitz gefragt, ob er ins Bordell geht. Und da sieht man: Vieles ist anders geworden in der Linken, aber manches bleibt so peinlich und unverständlich wie eh und je.

Viel Vergnügen bei der Lektüre dieser Ausgabe wünscht Euch die Redaktion.
Carsten Penzlin



Informationsfreiheitsgesetz: Koalition bricht ihr Wort und greift Bürgerrechte weiter an

Zu den Plänen der Bundesregierung erklärt der innen- und rechtspolitische Sprecher der Linksfraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Michael Noetzel:

„Die angekündigten Änderungen am Informationsfreiheitsgesetz (IFG) sind ein massiver Angriff auf Transparenz, demokratische Kontrolle und die Informationsrechte von Bürger:innen. Die Koalition will damit schon wieder ihren eigenen Koalitionsvertrag missachten. Statt das IFG, wie versprochen, mit einem Mehrwert für Bürger:innen weiterzuentwickeln, soll der Zugang zu staatlichen Informationen künftig massiv erschwert werden.

Die geplanten Änderungen würden das IFG faktisch entkernen. Wer künftig ein 'berechtigtes Interesse' nachweisen sowie hohe Gebühren befürchten muss und als zivilgesellschaftliche Organisation oder Journalist:in von Anfragen ausgeschlossen werden könnte, verliert ein zentrales Instrument demokratischer Kontrolle. Informationsfreiheit darf kein Privileg sein, sie ist ein grundlegendes Bürgerrecht und Voraussetzung für einen transparenten und rechenschaftspflichtigen Staat.

Gerade jetzt, wo das Vertrauen in staatliche Institutionen stark unter Druck steht, braucht es mehr Transparenz, nicht weniger. Wer Bürger:innenrechte beschneidet und den Zugang zu staatlichen Informationen erschwert, stärkt nicht das Vertrauen in die Demokratie, sondern gefährdet es. Diese andauernden Angriffe auf unseren Sozialstaat, unsere Arbeitnehmer:innenrechte und auch auf unsere Bürger:innenrechte an allen Ecken und Enden müssen endlich enden! Die Bundesregierung sollte ihre Prioritäten neu ordnen. Statt Bürgerrechte einzuschränken und staatliches Handeln weniger transparent zu machen, braucht es eine Politik, die die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Das aktuelle Vorgehen hilft eher dabei, demokratiefeindlichen Kräften zusätzlichen Auftrieb zu geben. Wir müssen uns als Gesellschaft jedoch darauf verlassen können, dass Korruption und Machtmissbrauch konsequent bekämpft und aufgedeckt werden.“



AKTUELLES

Daniel Peters erzählt Lügengeschichten

Zu den jüngsten Äußerungen und Vorwürfen von Daniel Peters (CDU) gegenüber der Partei Die Linke erklärt der Landesvorsitzende der Linken in MV, Hennis Herbst:

„Daniel Peters erzählt Lügengeschichten. Nachdem die CDU in MV in Umfragen hinter Die Linke gerutscht ist, muss die Verzweiflung des CDU-Spitzenkandidaten groß sein. Anders lassen sich seine jüngsten Einlassungen nicht erklären. Die Beschlüsse unseres Bundesparteitags haben die Gewalt und den Terror der Hamas in aller Deutlichkeit verurteilt. In einem ausführlichen Beschluss hat sich Die Linke erneut uneingeschränkt zum Schutz jüdischen Lebens bekannt. In Mecklenburg-Vorpommern haben wir den Schutz jüdi-

schen Lebens in die Landesverfassung geschrieben. Diesen wichtigen Schritt scheint Daniel Peters schon vergessen zu haben. Die erhobenen Vorwürfe weisen wir in aller Deutlichkeit zurück.

Gleichzeitig halten wir fest, dass die Äußerungen von Luigi Pantisano zur CDU falsch und unüberlegt waren. Die CDU ist nicht mit einer faschistischen AfD gleichzusetzen. Luigi Pantisano hat seine Einschätzung zur CDU inzwischen korrigiert und sich entschuldigt. Das war notwendig und richtig. Gleichwohl muss auch Herr Peters überlegen wo er steht. Eine Absage an die Brandmauer, ein immer radikalerer Ton und die Verweigerung unser Landesverfassungsgericht gegen die Feinde der Demokratie zu schützen, lösen Bedenken bei uns aus. Wir kämpfen für ein gerechtes, soziales und solidarisches Mecklenburg-Vorpommern. AfD-Politik wird es mit uns nicht geben. Auch wenn diese im Gewand der CDU daherkommt.“

BERICHT VOM BUNDESPARTEITAG

Fortsetzung von Seite 1

Israel war ein überaus wichtiges Thema in der Generaldebatte. Nach monatelanger Debatte brachte Jan van Aken einen Antrag ein, der als Kompromiss die unterschiedlichen Positionen einigen sollte: eine föderative Zwei-Staaten-Lösung, klares Bekenntnis zum Existenzrecht Israels und Palästinas, wir schließen uns der Meinung von Experten und Menschenrechtsorganisationen an, die von einem Genozid in Gaza sprechen. Gleichzeitig wird anerkannt, dass eine Minderheit in der Linken nicht von einem Völkermord sprechen möchte. 30% der Delegierten stimmten für einen Ersetzungsantrag – das Thema spaltet also nach wie vor. Vor allem junge Delegierte machten keinen Hehl daraus, dass sie Kompromisse – auch bei anderen Themen – ablehnen.

Wieder einmal zeigte sich, dass Sozialpolitik das verbindende Element der Partei ist. Heidi Reichinnek gab sich überzeugt, dass die Proteste gegen den Sozialabbau schon Wirkung zeigen. Die Linke mache keinen Kulturkampf, sondern Klassenkampf. Das einzig Gerechte an dieser Regierung sei, dass wirklich jeder was aufs Maul kriegt: Rentner, Kinder, Familien. Die Wehrpflicht sei das einzige, was diese Regierung für junge Menschen übrig habe. Scharf kritisierte sie die Asylpolitik. In welcher Welt sei es christlich, dass Kinder und Frauen in Kriegs- und Krisengebieten zurückgelassen werden? Mit Blick auf ihre Partei meinte Heidi, wir könnten nur an uns selbst scheitern. Die Linke habe klare rote Linien und man werde es nicht zulassen, dass Einzelpersonen die Arbeit von 126.000 Mitgliedern in den Dreck ziehen. Damit bezog sie sich wohl auf antisemitische Äußerungen aus dem Jugendverband, die ein großes Medienecho erfahren hatten.

Die Partei verändert sich, zwei Drittel der Mitglieder sind neu. 60% der Delegierten erlebten ihren ersten Bundesparteitag. Sie hinterfragen „Altbewährtes“. Was waren das noch für Zeiten, als Parteigranden wie Gregor Gysi ganz selbstverständlich mal ne Viertelstunde reden konnten. Für viele waren nun schon die 7 Minuten Vorstellungszeit der Kandidierenden für den Parteivorstand zu viel, sie wollten inhaltliche Debatten über den Weg der Partei statt Reden von Parteifunktionären auf der Bühne. Der Par-

teitag solle sich demokratisieren, denn die Basis mache die Arbeit in der Partei. Das Vertrauen der Basis hat Ines Schwerdtner, die wieder für den Vorsitz kandidierte und zu Beginn ihrer Vorstellungsrede Fehler des Parteivorstandes einräumte. Das schnelle Wachstum der Partei habe ihren



Preis gehabt. Ines prangerte die größte Militarisierung seit dem 2. Weltkrieg an, den größten Sozialabbau seit der Agenda 2010, warnte vor der Klimakatastrophe. Es sei den Protesten der Linken zu verdanken, dass nun nicht die Gesundheitsreform heimlich, still und leise durchgepeitscht werden könne. Die Linke kämpfe für jede Sozialarbeiterin, für jeden Sportplatz, für jedes Kind – das mache so sonst niemand. Wir müssen an die Haustüren, aber auch in die Betriebe, wo die aktuellen Auseinandersetzungen geführt werden. Millionen von Menschen seien bereit zu kämpfen. Wir wollen gegenüber der Regierung den Spieß umdrehen: Wenn sie kürzen wollen, kürzen wir bei den Reichen, wenn sie privatisieren wollen, wollen wir vergesellschaften.

An der Seite von Ines steht in den nächsten zwei Jahren Luigi Panti-sano, MdB aus Baden-Württemberg und Sohn einer italienischen Arbeiterfamilie. Die Menschen im Land seien wütend, Die Linke müsse ihren Widerstand organisieren, die Themen der Arbeiter*innen zu unserem Programm machen und damit auch die AfD besiegen. Luigi will die Werkstore für die Linke weit aufstoßen. Die Politik der

Bundesregierung sei ein Aufbauprogramm für Faschisten; die CDU mache teilweise eine faschistische Politik. Diese harsche Kritik stieß bei ostdeutschen Delegierten auf Widerspruch, auch weil man im Osten nach den Landtagswahlen mit der CDU wohl oder übel eine Form der Zusammenarbeit finden muss.

Bei Luigis Rede sprang der Funke zu den Delegierten nicht über. Während Ines 85,7 % der Stimmen erhielt, waren es bei Luigi nur 53,34 %.

Aus unserem Landesverband kandidierte Wenke Brüdgam erfolgreich für den stellvertretenden Vorsitz. Sie sprach in ihrem tollen Auftritt über ihr Herzensthema Gleichstellung und die Erfolge der rot-roten Regierung in diesem Bereich. Unser Landesverband ist nur noch durch Wenke im Vorstand vertreten, nachdem Hennis Herbst nicht mehr kandidiert hatte und Margit Glasow nicht mehr gewählt wurde. Eine interessante Personalie ist die Wahl des ehemaligen Hauptgeschäftsführers des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Ulrich Schneider in den Vorstand. Er war 2022 wegen Wagenknecht ausgetreten, kam 2026 zurück, um nicht tatenlos zuzusehen, „wie der Sozialstaat geschreddert wird“. Die Agenda 2010 sei ein laues Lüftchen gewesen im Vergleich zu dem, was uns jetzt drohe. Herzlich willkommen zurück, Genosse Schneider!

Sehr emotional geriet der Abschied von Jan van Aken. Nur zwei Jahre hatte er den Vorsitz inne, aber wohl jeder im Saal wusste seine Bedeutung für das Comeback der Linken zu schätzen. Jan wünschte sich in seiner Rede, dass Die Linke zu einer sozialistischen Volkspartei werde. Das Potenzial für 20 bis 25% sei da, denn in vielen Fragen wie der Vermögensteuer gebe es gesellschaftliche Mehrheiten für unsere Positionen. Aber der Hype um die Linke könne schnell wieder vorbei sein, wenn man in der Partei unterschiedliche Sichtweisen nicht aushalte. Die Menschen müssten uns vertrauen. Wie gelingt das? Drei Dinge: Ihnen zuhören, z.B. in Haustürgesprächen. Freundlich sein, die „revolutionäre Freundlichkeit“ leben. Und nicht immer sagen, wie scheiße alles ist, sondern Lösungen anbieten und Hoffnung machen. Aufsehen erregte schließlich der Beschluss des Parteitages, die Bezüge von linken Abgeordneten bei 5300 Euro brutto zu deckeln, weil sie nicht mehr verdienen sollen als die „arbeitende Klasse“. In den Landesverbänden sollen entsprechende Regelungen erarbeitet werden. Die Debatte darf also weitergehen.

Berichterstatte: Carsten Penzlin



◀ AUS DER ROSTOCKER BÜRGERSCHAFT BÜRGERSCHAFT IM DOPPELPAK

Ja, es gibt in der Bürgerschaft keine rot-rot-grüne Mehrheit mehr, aber trotzdem werden ab und zu vernünftige Dinge beantragt und beschlossen. Eine Mehrheit gab es in der **Sitzung vom 10. Juni** für den Antrag der Grünen, in Rostock eine Anlaufstelle zur Beratung und Prävention von häuslicher und sexualisierter Gewalt einzurichten. Ebenfalls beschlossen wurde die Anregung des Ortsbeirates Groß Klein, zur Bekämpfung der Segregation eine kommunale Koordinierungsstelle einzurichten, welche sich mit der räumlichen und sozialen Trennung befasst. Eine Mehrheit fand auch der Antrag der CDU(!), zu prüfen, welche Maßnahmen geeignet sind, eine umfassende Strategie zur Vermeidung, Beseitigung und ordnungsgemäßen Entsorgung von Abfall im öffentlichen Raum zu entwickeln und umzusetzen.

Mehr gibt es tatsächlich nicht zu berichten, dafür dauerte die darauffolgende Bürgerschaftssitzung dann doppelt so lange.

Zu Beginn der **Sitzung vom 1.7.** wurde eine Gedenkminute für Brigitte Dade eingelegt, die am 20.6. verstorben war. Brigitte zog 2024 für das BSW in die Bürgerschaft ein und wechselte nach einem Jahr in unsere Fraktion, wo sie sich schnell ein hohes Ansehen für ihre Arbeit erwarb. Wir werden Brigitte als Menschen und als politische Mitstreiterin sehr vermissen!

In der Einwohnerfragestunde warb die Initiative „Volkshaus Rostock“ um Unterstützung für ihr Anliegen, Teile des Volkstheaters als Ort der politischen und kulturellen Bildung zu erhalten (Wir berichteten darüber in den vergangenen Ausgaben). Zur Finanzierung solle das Land das Gebäude des VTR zum Landeskulturerbe erklären. Dieses Anliegen solle vorher in einer Einwohnerversammlung debattiert werden. Das Anliegen der Initiative fand in der Bürgerschaft aber keine Unterstützung. Die Oberbürgermeisterin zollte der Initiative Anerkennung für ihr Anliegen. Die Geschichte des Standortes sei wichtig, der Erhalt des Standortes im Sinne der Verhältnismäßigkeit jedoch nicht. Eva verwies auf den Beschluss der Bürgerschaft, das Grundstück zu verkaufen und die Erlöse zur Finanzierung des neuen Volkstheaters zu nutzen. Öffentliches Eigentum wird aufgegeben, um neues zu schaffen.

Knapp abgelehnt wurde unser Antrag, die bestehenden Maßnahmen zur Hitzevorsorge zu einem integrierten Hitze- und Kälteschutzplan weiterzuentwickeln (siehe

Pressemitteilung unten). Eine breite Mehrheit fand der Antrag, die HanseMesse künftig auch für Wettkampfeveranstaltungen des Rostocker Sports zu nutzen. Dies soll nun geprüft werden.

Stark sinkende Geburtenzahlen (übrigens ein weltweites Phänomen) führen zu einer geringeren Auslastung der Kitas. Bis zum Jahr 2030 wird es in Rostock nach derzeitiger Prognose etwa 2.500 Kita-Plätze zu viel geben, die nicht benötigt werden und für die es keine Finanzierung gibt. Standorte müssen geschlossen werden. Unser Fraktion beantragte gemeinsam mit den Grünen, die Oberbürgermeisterin zu beauftragen, der Bürgerschaft bis zum 31.12.2026 ein gesamtstädtisches Konzept zum Umgang mit möglichen Schließungen, Zusammenlegungen oder Verlagerungen von Kindertageseinrichtungen

FDP verweisen darauf, dass die Kurabgabe auf diese Weise zu teuer sei und der Tourismusstandort Rostock an Wettbewerbsfähigkeit verliere. Alle Argumente hatten ihre Berechtigung, was die Entscheidung für die Ehrenamtler in der Bürgerschaft weiter erschwerte, war jedoch die unübersichtliche Datenlage hinsichtlich der Nutzung des ÖPNV durch Touristen. Schließlich gab es eine Mehrheit dafür, die Höhe der Kurabgabe auf 3 Euro zu begrenzen, aber die Möglichkeit zu prüfen, ermäßigte ÖPNV-Tickets anzubieten. Die Oberbürgermeisterin ist sehr unglücklich über diesen Beschluss, der womöglich gar nicht umgesetzt werden kann.

Wieder versuchte die SPD, die Straßenbahn-Anbindung des Neuen Friedhofs zu retten. Die Idee: Millionen aus dem Infrastruktur-Sondervermögen für den Bau einer neuen Straßenbahnbrücke zu nutzen. Eine Mehrheit unserer Fraktion wollte dem nicht zustimmen. Hannes Möller kritisierte, dass die SPD Beschlüsse der Bürgerschaft ignoriere und immer wieder unbegründete Hoffnungen wecke: „4 Millionen Euro für leere Schienen und leere Versprechen sind uns einfach zu viel.“ Die Senatorin Fischer-Gäde verwies darauf, dass nicht nur der Neubau der Brücke Millionenkosten verursache, sondern auch Folgekosten durch Unterhalt und Instandsetzung entstünden. Die Betriebsführung würde eine Million im Jahr kosten; vier zusätzliche Straßenbahnen müssten angeschafft werden. Der SPD-Antrag wurde knapp abgelehnt. Eine Anmerkung: ÖPNV muss natürlich nicht kostendeckend sein, aber Kosten und Nutzen müssen in einem vernünftigen Verhältnis stehen, sonst drohen höhere Fahrpreise für alle ÖPNV-Nutzer in Rostock. Die Stadt kann Fehlbeträge nicht mehr einfach ausgleichen, denn die Stadtkasse ist bekanntlich leer.

Berichterstatte: Carsten Penzlin

CDU, AfD und Co. verweigern Schutz vor Hitze und Kälte

Die Rostocker Bürgerschaft hatte am 1. Juli den Antrag der Fraktion Die Linke zur Weiterentwicklung der Hitzevorsorge zu einem integrierten Hitze- und Kälteschutzplan abgelehnt. Rostocker Bund, CDU, FDP, AfD und BSW stimmten geschlossen dagegen. Zuvor war ein Änderungsantrag der CDU mehrheitlich abgelehnt worden. Die hohen Temperaturen der vergangenen Tage haben erneut gezeigt: Hitzevorsorge



vorzulegen. Hannes Möller betonte, dass Entscheidungen über Kita-Schließungen mehr seien als reine Verwaltungsentscheidungen. Sie greifen tief in das Leben von Familien ein, so dass nachvollziehbare und transparente Kriterien für Schließungen unerlässlich seien, um Akzeptanz und Vertrauen zu schaffen. Alle Betroffenen müssten frühzeitig einbezogen werden.

Anderthalb Stunden diskutierte die Bürgerschaft über die Höhe der neuen Kurabgabe. Touristen können in Rostock nach Zahlung der Kurabgabe kostenfrei den ÖPNV nutzen. SPD, Grüne und Linke wollen daran festhalten, um die Belastung durch zu viel Kfz-Verkehr zu reduzieren. CDU und

ist keine abstrakte Zukunftsfrage. Besonders ältere Menschen, Wohnungslose, Pflegebedürftige und Kinder sind bei extremen Wetterlagen erheblichen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt.

Dazu erklärt Hannes Möller, Mitglied der Fraktion Die Linke in der Rostocker Bürgerschaft: „Diese Ablehnung ist verantwortungslos. Während die Menschen in Rostock erleben, welche Belastung hohe Temperaturen bedeuten, verweigert eine Mehrheit selbst die Prüfung einfacher Schutzmaßnahmen. Das ist politisch kurz-sichtig und sozial kalt.“

Der Antrag sah vor, bestehende Angebote besser zu koordinieren, gefährdete Gruppen gezielt anzusprechen und niedrigschwellige Hilfen zu prüfen. Dazu zählen kühle Aufenthaltsorte, erweiterte Öffnungszeiten und mobile Hilfsangebote.

Möller kritisiert besonders die CDU: „Nachdem ihr Änderungsantrag keine Mehrheit gefunden hatte, war sie offenbar nicht mehr an einer gemeinsamen Lösung interessiert. Statt der Sache zu folgen, hat sie zusammen mit Rostocker Bund, FDP, AfD und BSW das gesamte Anliegen abgelehnt. Wer den Schutz gefährdeter Menschen von parteipolitischen Befindlichkeiten abhängig macht, handelt auf dem Rücken derjenigen, die sich am wenigsten selbst helfen können.“

Der Antrag verlangte weder ein teures Prestigeobjekt noch unrealistische Sofortmaßnahmen. Es ging darum, vorhandene Hilfen sichtbar zu machen und Schutzlücken zu schließen. Möller abschließend: „Die ablehnenden Fraktionen wussten genau, worüber sie abstimmen. Sie hatten die Möglichkeit, konkrete Vorsorge auf den Weg zu bringen, und haben sich bewusst dagegen entschieden. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass der Schutz vor Hitze und Kälte wichtiger ist als parteipolitische Rechthaberei.“

Rostock ist eine von vielen:
Kommunen am Limit

Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger: Zukunft braucht finanzielle Sicherheit

Deutschlands Städte und Landkreise machen bundesweit ihre prekäre Finanzsituation zum Thema. Noch vor wenigen Jahren haben viele Kommunen in Deutschland ausgeglichene Haushalte aufstellen können, konnten also ihre Ausgaben aus den Einnahmen bezahlen. Im Jahr 2022 lagen die kommunalen Haushalte deutschlandweit mit 4,5 Milliarden Euro im Plus. Danach folgte ein regelrechter Absturz: Im Jahr 2023 ein Defizit von 6,3 Milliarden Euro bundesweit, im Jahr 2024 lagen die Defizite bereits bei 24,3 Milliarden Euro, im Jahr 2025 sogar bei rund 30 Milliarden Euro. Eine Besserung ist nicht in Sicht – die Tendenz weiter negativ.

Defizite auch in Rostock

Auch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock kann sich diesem bundesweiten Trend nicht entziehen. Im Jahr 2022 konnte noch ein deutlicher Überschuss von 26 Mio. Euro verzeichnet werden. Davon ist auch Rostock inzwischen weit entfernt: Im Jahr 2025 betrug das Defizit 36 Mio. Euro. Für das Jahr 2026 wird ein Defizit von etwa 58 Mio. Euro erwartet.

Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger verspricht: „Wir werden keinen Kahlschlag in unserer schönen Hanse- und Universitätsstadt Rostock vornehmen. Die Rostockerinnen und Rostocker erwarten zu Recht, dass wir unsere Leistungen aufrechterhalten, unsere Aufgaben erfüllen und unsere Stadt weiterentwickeln. Doch um Zukunft gestalten zu können, brauchen wir finanzielle Sicherheit!“

„Die Schere zwischen kommunalen Einnahmen und Ausgaben geht immer weiter auseinander“, erklärt Finanzsenator Dr. Chris von Wrycz Rekowski. „Und der Hauptgrund dafür ist, dass Bund und Länder die Folgekosten ihrer Gesetzgebungen zum Teil auf die Städte und Gemeinden abwälzen. Die Kommunen dürfen aber nicht zur ‚Bad Bank‘ der öffentlichen Finanzwirtschaft gemacht werden. Deshalb muss wieder der Grundsatz gelten: ‚Wer bestellt, der bezahlt!‘“



Nur begrenzte Möglichkeiten fürs Sparen

Das Einsparpotenzial der Kommunen vor Ort ist sehr begrenzt. Inzwischen können die Kommunen nur noch einen geringen Teil ihrer Haushalte selbst gestalten. Die meisten Aufgaben sind per Gesetz von Bund oder Ländern festgelegt. Einen wesentlichen Teil der Pflichtaufgaben machen Ausgaben für soziale Leistungen aus, die Bund und Länder beschlossen haben, ohne für eine ausreichende Finanzierung der Kommunen zu sorgen.

In Rostock konnte in den vergangenen Jahren ein historischer Schuldenstand von rund 220 Millionen Euro kontinuierlich abgebaut werden. Diese Entwicklung kehrt sich nun um. Wie bereits in den Jahren 2024 und 2025 wird auch der Ergebnishaushalt für die Jahre 2026 und 2027 mit einem Minus abschließen. Dieser Trend wird sich nach derzeitiger Prognose auch mittelfristig fortsetzen. Deshalb gilt für Rostock finanztechnisch auch eine so genannte „dauerhaft weggefallene Leistungsfähigkeit“. Daraus ergibt sich die Pflicht zur Erstellung eines Haushaltssi-

cherungskonzepts, das Wege zu einer geordneten Finanzwirtschaft aufzeigt. Die Stadtverwaltung hat u.a. die Personalstärke gedeckelt, die Grundsteuer B wurde erhöht und auch die Gebühren für das Bewohnerparken sollen steigen.

Ohne eine grundlegende Veränderung der Rahmenbedingungen wird die Stadt jedoch in den nächsten Jahren zur Finanzierung notwendiger Investitionen und zur Sicherung der laufenden Zahlungsfähigkeit Kredite im dreistelligen Millionenbereich aufnehmen müssen. Zukünftige Spielräume werden so weiter eingeengt.

Investitionen ermöglichen Zukunft und Wachstum

Dennoch sind allein in diesem Jahr kommunale Investitionen im Umfang von insgesamt 160,7 Millionen Euro geplant, im Jahr 2027 von 198,6 Millionen Euro. „In

den Umbau des Werftbeckens in Warnemünde zu einem neuen Gewerbepark investieren wir 104 Mio. Euro“, so Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger. „Wir beginnen mit der Sanierung der Jugendverkehrsschule im Barnstorfer Wald, bauen weiter an der neuen Rettungswache in der Südstadt und investieren rund 45 Millionen Euro in den Neubau des Bettenhauses am Südstadt-Klinikum mit 160 modernen Betten. Weitere 35 Millionen Euro fließen in Schulen und Sportstätten. Die Sanierung des Kempowski-Ufers am Stadthafen wird bis zum Spätsommer abgeschlossen.“ Ohne Investitionen sind Zukunft und Wachstum nicht möglich. Dies sind wesentliche Voraussetzungen für steigende Einnahmen in der Stadtkasse. Zukünftige Spielräume werden so weiter eingeengt.

Forderungen der Kommunen

Die Kommunen fordern eine jährliche Soforthilfe. Der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt auch“ muss sofort für jede Aufgabenübertragung oder -ausweitung von Bund und Ländern gelten. Der Bund muss sich viel stärker als bisher an den Kosten der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe beteiligen. Bürokratische Prozesse dürfen die Städte und die Menschen nicht weiter unnötig binden. Verfahren müssen konsequent entschlackt, verzichtbare Vorgaben vermieden werden. Neue Regelungen dürfen nur entstehen, wenn sie praxistauglich, digital umsetzbar und personell leistbar sind.

◀ AUS DEM LANDKREIS KINDERFEST IN SCHWAAN

Was für ein großartiges Erlebnis wurde den Kindern da präsentiert mit dem Kinderfest in Schwaan am 31.05. am Schulcampus Schwaan! Initiiert von der Basisorganisation der Partei Die Linke hatten sich auch andere Parteien und Vereine aus Schwaan zusammengeschlossen, um den Kindern einen wunderschönen Tag mit einfach schönen Eindrücken zu bereiten! So war das Fest unterstützt worden von den Grünen, der SPD, der Feuerwehr, dem Verein „Jugend für Schwaan“ sowie zahlreichen einzelnen Investoren, die ungeachtet politischer Interessen oder Differenzen. Kinder sind unsere Zukunft, und die standen an diesem Tag im Mittelpunkt!

Um 14:00 Uhr wurde das Fest mit einem illustren Programm auf der Bühne eröffnet, Jakob eröffnete charmant das Programm. Dies wurde angefangen mit der Schwaaner Line Dance-Kindergruppe, gefolgt vom Chor der Schwaaner Grundschule. Hier gaben die Kinder unter Leitung von Frau Otte-Grabow begeistert Lieder zum Mitsingen und Mittanzen zum Besten. Es war gar nicht so einfach, die Bewegungen mitzumachen und auch beim Singen an der richtigen Stelle die Wörter zu reduzieren oder wegzulassen. Ich sag nur: „Jetzt fahr´n wir über´n See, über´n See“! Schon sehr anspruchsvoll! Hut ab, wie die kleinen Mäuse das schaffen! Die Orchester-Kids der Musikschule Fröhlich waren ein sich anschließendes Highlight und erst Recht zum Abschluss die Kinderdisco!

Die Versorgung war rundum gesichert: Kaffee und Kuchen, Bratwurst vom Grill, Eis von der Eiswerkstatt, Zuckerwatte, Crêpes mit allerlei leckeren Sachen und noch viel mehr! So manch einer kaufte auch mehrere Stück Kuchen zum Mitnehmen und Genießen zu Hause.

Draußen und nebenan war dann auch allerhand los! Nur zu erwähnen: Es gab Hüpfburgen, Schaumbad, Ponyreiten, eine Tombola, ein Glücksrad, Kinderschminken. Was noch... Ja, Hula-Hoop-Reifen, Seil springen, Fahrrad fahren, Basteln, Seifenblasen machen.

Im Haus wartete die zauberhafte Märchen-erzählerin Gunda mit Märchen, angefangen mit Rotkäppchen, Hänsel und Gretel, und danach wurde der Reigen der Prinzessinnenmärchen eröffnet. Begeistert nahmen die Kinder das Angebot wahr, auf der Bühne zu stehen und einfach einmal Teil in einem Märchen zu sein! Zwerge, Prinz, Mutter, Königin, Prinzessin, Hexe! Hach: Sie freuten sich so, dass manch einer unserer jungen „Nachwuchsdarsteller“ auch gern mal in einem zweiten Märchen die Hauptrolle spielen wollte. Eine Oma erzähl-

te begeistert, sie käme hier nicht weg, weil ihr Enkel jetzt auch ein drittes Mal hatte mitspielen sollen! Naja, klar, die Herzen der Omas/ Opas und der Eltern schmolzen dahin, und manch ein Vater spielte auch mit, als Prinz meist!

Nur zufriedene Gesichter, Begeisterung und Freude! Es war ein rundum gelungenes Fest!

Wir freuen uns schon auf die nächsten Jahre.



AKTUELLES

Bau von Konverterplattformen zeigt Zukunftsperspektive: Erneuerbare Energien statt Rüstungsproduktion

Zum Bau zweier Offshore-Umspannplattformen an der Neptun-Werft in Rostock erklärt der Landesvorsitzende der Linken in MV, Hennis Herbst:

„Es ist eine sehr gute Nachricht, dass sich der Stromnetzbetreiber 50Hertz beim Bau zweier Konverterplattformen für die Neptun Werft in Rostock entschieden hat. Damit wird ein wichtiger Schritt für Mecklenburg-Vorpommern als führender Standort der Energiewende und der maritimen Industrie gegangen. Die Region profitiert von mehr als 500 Arbeitsplätzen und erheblichen Investitionen in industrielle Wertschöpfung. Diese Entscheidung zeigt zugleich, welches Potenzial unsere Werften für Zukunftsbranchen besitzen. Sie macht deutlich, dass es tragfähige Alternativen zu einer stärkeren Ausrichtung auf die Rüstungsindustrie gibt.“

Als Linke setzen wir uns seit Jahren dafür ein, den Schwerpunkt der maritimen Industrie auf erneuerbare Energien, moderne Offshore-Technologien und den zivilen Schiffbau zu legen. Hier entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft, hier wird Innovation vorangetrieben und hier leisten wir zugleich einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Statt in den Zeitgeist der Aufrüstung einzusteigen, sollte Mecklenburg-Vorpommern den zivilen und erneuerbaren Erfolgsweg fortsetzen.“

Aufrüstung ist kein Wirtschaftsmodell für Mecklenburg-Vorpommern

Zur aktuellen Berichterstattung des NDR, wonach die rot-rote Landesregierung im Bereich der Wirtschaft auf Rüstung setzt, erklärt der Landesvorsitzende der Linken in MV, Hennis Herbst:

„Das Wirtschaftsministerium irrt, wenn es

die Zukunft der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern vor allem in der Rüstungsindustrie sucht. Im Strategiepapier „Industrieland Mecklenburg-Vorpommern 2030“ hat sich die Landesregierung gemeinsam mit Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und weiteren Akteur*innen auf eine langfristige Industriestrategie verständigt. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere die Erneuerbaren Energien, die maritime Wirtschaft sowie die Gesundheits- und Ernährungswirtschaft.

Bezeichnenderweise taucht das Wort „Rüstung“ in dem Papier überhaupt nicht auf. Auch wenn sich die geopolitischen Rahmenbedingungen seit der Verabschiedung der Strategie verändert haben mögen, wäre es falsch, die gemeinsam erarbeiteten Leitlinien nun aufzugeben.

Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns lässt sich nicht auf Aufrüstung gründen. Rüstungsproduktion allein schafft weder eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur noch trägt sie zu einer friedensorientierten Entwicklung bei. Wer Wohlstand, Innovation und Beschäftigung langfristig sichern will, muss weiterhin auf die Stärken des Landes setzen: erneuerbare Energien, Gesundheit, Ernährung und zivile maritime Wirtschaft.“



AKTUELLES

„Jung sein in M-V“

Zur Debatte des Abschlussberichts der Enquete-Kommission „Jung sein in M-V“ im Landtag erklärt das Mitglied der Enquete-Kommission, Christian Albrecht:

„Die Enquete-Kommission hat dem Landtag ihre Ergebnisse zur Beratung vorgelegt. Der umfassende Abschlussbericht bündelt die zentralen Erkenntnisse aus jahrelangen, intensiven Anhörungen zu den verschiedensten Themen. Im Beteiligungsprozess #mitmischenMV wurden zahlreiche junge Menschen intensiv befragt und konnten ihre Wünsche an die

Politik artikulieren. Dieser Beteiligungsprozess ist in dieser Form einzigartig – mehrere Tausend Jugendliche aus unserem Bundesland konnten auf diese Weise ihre Perspektive direkt an die Politik herantragen. Ihre Anregungen und Kritik konnten den Erkenntnisprozess praxisnah bereichern. Vor allem Themen wie Beteiligung, Mobilität und Erreichbarkeit, psychische Gesundheit oder der Bildungsbereich bewegten die jungen Leute besonders.

Auf Grundlage der Anhörungen sowie des Beteiligungsprozesses wurden von allen Demokrat:innen auf über 60 Seiten umfassende Handlungsempfehlungen entwik-

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Domstr. 5, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE13130500000201167352
BIC: NOLADE21ROS
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

kelt. Darauf sind wir besonders stolz, denn die nicht immer einfache, aber dennoch erfolgreiche, Konsensfindung mit SPD, Grünen, CDU und FDP hat gezeigt: Mecklenburg-Vorpommern schenkt den jungen Menschen Gehör und zeigt konkretes Interesse daran, das Bundesland für sie so attraktiv wie möglich zu gestalten.

Fünf Jahre hat die Enquete-Kommission intensiv zu der Frage gearbeitet, wie das Leben von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in M-V konkret zu verbessern wäre. Mit der heutigen Befassung im Landtag endet die Arbeit der Enquete-Kommission ganz offiziell. Neben den Abgeordneten wurde die Kommission von Expert:innen aus allen möglichen zivilgesellschaftlichen Bereichen bereichert. Ich möchte daher allen demokratischen Expert:innen ein Dankeschön dafür aussprechen, dass Sie sich die Zeit für dieses wichtige Thema genommen haben und gemeinsam mit uns die Jugendpolitik im Land gestalten wollen. Ein besonderer Dank gilt dabei den zwei Expert:innen unserer Fraktion: Sayed Hashimi, der sich unermüdlich dafür eingesetzt hat, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsbiografie angemessen berücksichtigt werden, sowie Anna Jahn, die als junge Leistungssportlerin eine besondere Perspektive einbringen konnte und jungen Menschen damit eine starke Stimme verliehen hat.

AKTUELLES

Union und SPD verschärfen den Druck auf Beschäftigte und Mieter*innen

Zu den Ergebnissen des Koalitionsausschusses der Bundesregierung erklärt der Landesvorsitzende der Linken in MV, Henris Herbst:

„Die Ergebnisse des Koalitionsausschusses setzen den Kurs der Armutsreformen von Union und SPD fort. Arbeiternehmer*innen sollen künftig länger mit der Unsicherheit befristeter Arbeitsverträge leben. Eine Krankschreibung per Telefon und der Karenztag wird abgeschafft. So kommt die Bundesregierung erneut nicht umhin, den Arbeiternehmer*innen mangelnde Leistungsfähigkeit zu unterstellen. Das ist lebensfremd und verkennt, wer dieses Land Tag für Tag am Laufen hält. Diese Reformen sind ein Angriff auf die arbeitende Bevölkerung.

Beim Wohnungsmarkt betreibt die Bundesregierung das Geschäft der Vermieter*innen, statt Mieter*innen wirksam zu schützen. Die gesetzliche Verhinderung von Vergesellschaftungen im Wohnungsmarkt ist ein Freifahrtschein für ausbeuterische Wohnungskonzernen und offenbart, wie viel Angst Union und SPD vor einer wirksamen Mietenpolitik der Linken haben. Das schafft keinen bezahlbaren Wohnraum, sondern sichert die Dividenden. Die Zeche zahlen die Mieter*innen. Die angekündigten Entlastungen bei der Einkommensteuer werden durch die übrige Politik der Bundesregierung weitgehend wieder zunichte gemacht. Rentner*innen, Studierende und Menschen mit sehr geringem Einkommen gehen komplett leer aus. Gleichzeitig weigern sich Union und SPD weiterhin, große Vermögen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen. Stattdessen werden Menschen im Grundsicherungsbezug unter Generalverdacht gestellt und mit weiteren Verschärfungen konfrontiert.

Unterm Strich stehen die Beschlüsse des Koalitionsausschusses für mehr soziale Unsicherheit und wachsende Ungleichheit. Sie belasten die Mehrheit der Bevölkerung, während Vermögende und große Konzerne geschont werden. Gegen diese Politik werden wir weiter entschlossen protestieren.“

Die Spitzenkandidatin für Die Linke MV, Simone Oldenburg, erklärt zu dem Thema:

„Immer mehr Menschen erleben, dass ihre Löhne, Renten und Sozialleistungen mit den steigenden Lebenshaltungskosten nicht Schritt halten. Gleichzeitig geraten Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und pflegende Angehörige zunehmend unter Druck. Ausgerechnet dort, wo Sicherheit und Zusammenhalt gebraucht werden, will die Bundesregierung sparen, von einer

Armutsreform zur nächsten. Diese Politik trifft vor allem diejenigen, die ohnehin jeden Euro zweimal umdrehen müssen: Familien, Rentnerinnen und Rentner, Alleinerziehende, Beschäftigte mit niedrigen und mittleren Einkommen sowie pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen. Die Bundesregierung diskutiert darüber, wo sie kürzen will – nicht darüber, welche Einnahmen sie verschenkt, indem große Vermögen weiter geschont werden. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die Mehrheit der Bevölkerung immer höhere Belastungen trägt, während große Vermögen und sehr hohe Einkommen weitgehend verschont bleiben. Superreiche müssen endlich einen gerechten Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Dafür macht die Linke konkrete Vorschläge, wie die konsequente Besteuerung großer Erbschaften und der von Spitzen-Einkommen und Manager-Gehältern. Wir entlasten die, die viel leisten und wenig verdienen. Wer viel hat, muss auch viel beitragen. Wir wollen auch Steuerflucht unterbinden und treten für eine Übergewinnsteuer ein. Der Koalitionsausschuss muss die Weichen neu stellen: für eine stabile gesetzliche Rente, eine solidarisch finanzierte Pflege, wirksame Entlastungen bei den Lebenshaltungskosten und eine gerechte Steuerpolitik. Das Leben muss wieder bezahlbar werden – nicht für wenige, sondern für alle.“

Up un Dal



Gewinnerin: Ines Schwerdtner wurde mit einem tollen Ergebnis als Parteivorsitzende wiedergewählt.

Verlierer: Daniel Peters. Der CDU-Spitzenkandidat kämpft verzweifelt um sein politisches Überleben und schreckt dabei vor Verleumdungen der politischen Gegner nicht zurück.

ZAHL DES MONATS

Zwei Prozent vom Erbschaftsteueraufkommen: Das ist der Anteil, den die Ostdeutschen haben an dem, was in Deutschland vererbt wird.

ZITAT DES MONATS

„Es sollte keine Milliardäre geben.“ Dieser Spruch ist Jan van Akens Markenzeichen und bleibt ewig gültig.

Wir bringen Merz zum Zittern:

Koalition will Verstaatlichung privater Wohnungsbaugesellschaften unterbinden



Jetzt erst recht

Die Linke

wählen!